

Protokoll

über die Sitzung des Ausschusses für Bauen, Liegenschaften, Straßen und Verkehr am Montag, 16.09.2019, 17:00 Uhr, im Rathaus II (Langendamm), Sitzungssaal, Zum Jadebusen 20, 26316 Varel.

Anwesend:

Ausschussvorsitzender:	Georg Ralle
stellv. Ausschussvorsitzender:	Raimund Recksiedler zeitweise
Ausschussmitglieder:	Klaus Ahlers
	Rudolf Böcker zeitweise
	Carsten Kliegelhöfer
	Malte Kramer
	Sabine Kundy
	Axel Neugebauer
	Bernd Redeker
stellv. Ausschussmitglieder:	Dr. Susanne Engstler
	Alexander Westerman zeitweise
Ratsmitglieder:	Sascha Biebricher zeitweise
Bürgermeister:	Gerd-Christian Wagner
von der Verwaltung:	Wilfried Alberts
	Dirk Heise
	Jörg Kreikenbohm
	Antje Schönborn
Protokollführer:	Diana Zimmering

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Bauen, Liegenschaften, Straßen und Verkehr vom 26.08.2019
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Anträge an den Rat der Stadt
Kein Tagesordnungspunkt
- 6 Stellungnahmen für den Bürgermeister
- 6.1 Antrag der SPD-Fraktion: Errichtung von Photovoltaikanlagen auf städtischen Grundschulen
Vorlage: 219/2019
- 7 Anträge und Anfragen von Ausschussmitgliedern

- 8 Zur Kenntnisnahme
- 8.1 Beteiligungsverfahren Nahverkehrsplan Friesland
Vorlage: 199/2019
- 8.2 Antrag auf Errichtung einer Fußgängerlichtsignalanlage an der Straße Zum Jadebusen

Protokoll:

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Ausschussvorsitzender Ralle eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Ja: 0 Nein: 0 Enthaltungen: 0 Befangen: 0

2 Feststellung der Tagesordnung

Ausschussvorsitzender Ralle stellt die Tagesordnung fest.

Die Tagesordnung wird einvernehmlich um TOP 8.1 ergänzt. TOP 6.1 wird einstimmig gestrichen.

3 Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Bauen, Liegenschaften, Straßen und Verkehr vom 26.08.2019

Der öffentliche Teil des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Bauen, Liegenschaften, Straßen und Verkehr vom 26.08.2019 wird einstimmig genehmigt.

4 Einwohnerfragestunde

Ein Mitglied des Arbeitskreises Mobilität fragt an, ob im Rahmen des Mobilitätsmanagements der Nahverkehrsplan des Landkreises Friesland mit dem Masterplan Weser-Ems abgestimmt werden könnte. Ein entsprechender Antrag des Arbeitskreises Mobilität-Varel wurde heute dem Ausschuss für Bauen, Liegenschaf-

ten und Verkehr vorgelegt. Bürgermeister Wagner wird diese Anregung mit in die Stellungnahme der Stadt Varel zum Nahverkehrsplan des Landkreises Friesland aufnehmen.

Ein weiteres Mitglied fragt an, wie man als Nichtratsmitglied Einfluss auf den Nahverkehrsplan nehmen kann. Bürgermeister Wagner erläutert, dass der Landkreis Friesland für den Nahverkehrsplan zuständig ist und die Stadt Varel auffordert, im Rahmen einer Stellungnahme an dem Plan mitzuwirken. In der Einwohnerfragestunde dieses Ausschusses kann dann jeder Bürger Fragen stellen oder auch schriftlich den Rat der Stadt Varel anregen, bestimmte Dinge in die Stellungnahme aufzunehmen oder die Angelegenheit direkt an den zuständigen Landkreis Friesland weiterzugeben. Natürlich kann auch jeder Bürger Meinungen oder Anregungen direkt zum Kreistag geben. Ende dieses Jahres muss der Kreistag über den Nahverkehrsplan befinden.

5 Anträge an den Rat der Stadt Kein Tagesordnungspunkt

6 Stellungnahmen für den Bürgermeister

6.1 Antrag der SPD-Fraktion: Errichtung von Photovoltaikanlagen auf städtischen Grundschulen Vorlage: 219/2019

Die SPD-Fraktion hat mit E-Mail vom 26.08.2019 den Antrag gestellt, die Machbarkeit von Photovoltaikanlagen auf den Dächern der städtischen Grundschulen abgestimmt auf den Eigenverbrauch zu prüfen und bei einer verantwortlichen Amortisationszeit zu errichten.

Um die Machbarkeit in Bezug auf die Wirtschaftlichkeit und die baulichen und statischen Voraussetzungen der jeweiligen Dächer zu prüfen, sollte ein geeignetes Ingenieurbüro und nach der Feststellung der Wirtschaftlichkeit, wenn notwendig, ein Statikbüro für die Überprüfung der Tragfähigkeit des jeweiligen Daches beauftragt werden.

Es wird vorgeschlagen, darüber hinaus weitere städtische Gebäude mit hohem Stromverbrauch und geeigneten Dächern in die Prüfung mit einzubeziehen.

Ausschussvorsitzender Ralle erklärt, dass der Antrag der SPD-Fraktion für die Errichtung von Photovoltaikanlagen auf den Grundschulen aufgrund eines Förderprogrammes sinnvoll und lohnend ist. Wahrscheinlich rechnet sich das für andere Gebäude der Stadt, wie z. B. das Rathaus nicht. Aber das muss geprüft werden. Ratsherr Biebricher hätte sich dieses Themas besonders angenommen.

Ratsherr Biebricher erläutert dazu, dass die SPD-Fraktion sich aufgrund des Wunsches der Grundschulen aus pädagogischen Gründen aber eben auch aus energetischen Gründen, vorerst nur auf die Grundschulen beschränken möchte, damit nicht zu große Kosten entstehen. Es soll sich bei einer Machbarkeit und Wirtschaftlichkeit nur um kleine Anlagen handeln. Eine spätere Ausweitung auf andere Gebäude ist durchaus denkbar.

Ratsfrau Kundy hält diesen Antrag im Sinne des Klimaschutzes für eine gute Idee und fragt nach den aufzubringenden Kosten in Höhe von 6.000,- €.

Die Verwaltung erläutert, dass abgesehen von einem Förderprogramm, der Antrag der SPD Fraktion die Aufgabe an die Verwaltung beinhaltet zu prüfen, ob oder inwieweit Photovoltaikanlagen auf den Grundschulen machbar und wirtschaftlich sind.

Sollte diese Frage von einem Fachingenieur positiv beantwortet werden, ist es ggf. notwendig die betreffenden Dächer bezüglich der Statik für die aufzunehmenden Lasten zu prüfen. Dafür sind vorab Ausgaben notwendig.

Die Verwaltung erläutert weiter, dass es ein Förderprogramm des Landes Niedersachsen durch die NBank gibt, nach dem z.B. Photovoltaikanlagen auf städtischen Gebäuden für den Eigenverbrauch von Strom mit 50% der förderfähigen Ausgaben als Zuschuss gefördert werden. Voraussetzung ist, dass die Energieeinsparung mindestens im Verhältnis von 140 t CO₂-Äquivalenten pro Jahr und einer Million Investitionssumme beträgt.

Der Förderbetrag beträgt grundsätzlich mindestens 100.000 € und maximal 1.000.000 €. Bei z. B. sozialen Einrichtungen liegt der minimale Förderbetrag bei 50.000 €, der maximale Förderbetrag bei 1.000.000 €.

Bei der Antragstellung muss ein Gutachten eines zertifizierten Gutachters über die Maßnahme vorliegen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Machbarkeit von Photovoltaikanlagen auf den Dächern der städtischen Grundschulen und anderen städtischen Gebäuden abgestimmt auf den Eigenverbrauch prüfen zu lassen.

Einstimmiger Beschluss

7 Anträge und Anfragen von Ausschussmitgliedern

Keine Anträge und Anfragen.

8 Zur Kenntnisnahme

8.1 Beteiligungsverfahren Nahverkehrsplan Friesland Vorlage: 199/2019

Der Landkreis Friesland als Aufgabenträger des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) hat dem Land Niedersachsen bis Ende 2019 eine Aktualisierung des Nahverkehrsplanes (NVP) vorzulegen.

Mit Veröffentlichung des Entwurfs des Nahverkehrsplanes und entsprechender Unterrichtung an die Beteiligten wurde das formelle öffentliche Beteiligungsverfahren gemäß § 6 Abs. 4 des Niedersächsischen Nahverkehrsgesetzes (NNVG) ein-

geleitet. Als kreisangehörige Gemeinde ist die Stadt Varel zu beteiligen.

Der Entwurf des Nahverkehrsplanes umfasst ca. 80 Seiten zuzüglich 80 Seiten Anlagen.

Kapitel 1 umfasst die gesetzlichen Grundlagen.

Mit Kapitel 2 bis 4 erfolgt eine Bestandsanalyse, Darstellung der Infrastruktur sowie eine qualitative Bewertung und Analyse des zur Zeit bestehenden Angebots.

Eine Kurzform dieser Ausführungen kann aus der Präsentation des Verfassers entnommen werden:

ÖPNV keine Alternative zum PKW

- An Schultagen dichtes Busliniennetz, allerdings ohne Struktur und für den Jedermannverkehr unattraktiv
- Außerhalb der Schulzeiten ist nur auf wenigen Strecken ein Angebot vorhanden, wichtige Ziele mit dem ÖPNV sind nicht erreichbar
- Keine vorhandenen Anschlussverbindungen an den Schienenpersonennahverkehr, wenn vorhanden dann eher zufällig.

Erhebungen zur Nachfragesituation liegen nicht vor und wurden nicht durchgeführt. Kapitel 5 umfasst eine Prognose der ÖPNV-relevanten Entwicklung.

Mit Kapitel 6 und 7 werden Vorschläge zur Optimierung des ÖPNV in Friesland und Anforderungsprofile aufgezeigt.

Mit Schreiben vom 11.08.2019 stellt der Arbeitskreis Mobilität-Varel ebenfalls eine Kurzfassung des Entwurfs des Nahverkehrsplanes dar, die in etwa der der Verwaltung entspricht.

Weiter wird der Arbeitskreis eine Stellungnahme zum Entwurf des Nahverkehrsplanes im Rahmen des Beteiligungsverfahrens abgegeben. Die Stellungnahme ist dem Schreiben beigelegt.

Der Entwurf des Nahverkehrsplanes enthält keine konkrete Darstellung der Mehrkosten, die sich aus den Vorschlägen zur Optimierung ergeben. Auch werden keine Aussagen zur Finanzierung gemacht.

Die Notwendigkeit des Mobilitätsmanagements wird besonders hervorgehoben. Wie auch der Arbeitskreis Mobilität Varel hervorgehoben hat, fehlen konkrete Aussagen, wer und wie das Mobilitätsmanagement betreiben wird.

Es gibt keine Aussagen zur Evaluation der durchgeführten Optimierungsschritte.

Eine Bewertung der einzelnen Optimierungsvorschläge ist seitens der Verwaltung nicht möglich.

Der Bürgermeister berichtet über eine Fristverlängerung von 14 Tagen zur Abgabe für die Stellungnahme der Stadt Varel zum Nahverkehrsplan des Landkreises Friesland. Der Landrat hätte die Bereitschaft erklärt, in diesem Ausschuss selbst oder durch Mitarbeiter zu diesem Nahverkehrsplan zu berichten und die letzten offenen Fragen abzuarbeiten. Die Verwaltung der Stadt Varel hat natürlich für die Beschlussfassung für den heutigen Tag alles vorbereitet, aber es macht durchaus Sinn, am 01. Oktober 2019 eine weitere Sitzung dieses Ausschusses anzubereiten, damit sich der Landrat oder seine Mitarbeiter zu Fragen zum Nahverkehrsplan äußern oder Anregungen aufnehmen können.

Ratsherr Neugebauer begrüßt auch als Mitglied des Kreistages die Verschiebung des TOP, weil im Nahverkehrsplan noch diverse Punkte konkreter zu beschreiben sind.

Die Verwaltung hat die Stellungnahme für den Landkreis um neue Anregungen der SPD-Fraktion erweitert. Sie ist dem Protokoll an Anlage beigefügt.

8.2 Antrag auf Errichtung einer Fußgängerlichtsignalanlage an der Straße Zum Jadebusen

Die Verwaltung berichtet von einem Antrag auf Errichtung einer Fußgängerlichtsignalanlage an der Straße zum Jadebusen in Höhe der Bushaltestelle Alter Bahnhof und des ev. Gemeindehauses. Dieser Antrag wird in einer der nächsten Sitzungen dieses Ausschusses vorgetragen.

Zur Beglaubigung:

gez. Georg Ralle
(Vorsitzende/r)

gez. Diana Zimmering
(Protokollführer/in)